

# Dialog konkret

## Worüber Muslime mit Christen in Deutschland sprechen

*Der christlich-islamische Dialog in Deutschland hat sich in den letzten Jahren intensiviert. Zunehmend beteiligen sich auch Moscheevereine an den Dialogaktivitäten. Ein zweijähriges Forschungsprojekt, das gerade abgeschlossen wurde, zeigt Errungenschaften und Grenzen des Dialogs auf.*

Das in dieser Form bislang einmalige Forschungsprojekt „Gesellschaft gemeinsam gestalten – Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg“ wurde von der Akademie des Diözesan Rottenburg-Stuttgart mit Förderung der Robert Bosch Stiftung von Februar 2006 bis März 2008 durchgeführt. Erstmals wurden in Baden-Württemberg Dialoge zwischen islamischen Vereinigungen, Kommunen und Kirchen ausfindig gemacht und ausgewertet. Im Fokus standen nicht Muslime als Einzelpersonen, sondern islamische Vereinigungen, die Aktivitäten und Interessen von Muslimen bündeln und wie andere Vereine auch eine wichtige Rolle für die Ausgestaltung kommunalen Lebens spielen.

Dem Projekt lag ein breites Verständnis von Dialog zugrunde, das sowohl christlich-islamische Dialoge im engeren interreligiösen Sinn als auch „kommunale Dialoge“ umfasst. Dies erweist sich als sinnvoll, da beide Bereiche nicht scharf voneinander zu trennen sind. Um der Vielschichtigkeit von Dialog

gerecht zu werden, wurde methodisch vorwiegend qualitativ gearbeitet. Christliche und muslimische Dialogakteure wurden getrennt befragt, um harmonisierende Deutungen zu vermeiden und gerade den Widersprüchen und divergierenden Interpretationen auf die Spur zu kommen.

Insgesamt wurden rund 200 muslimische, kommunale und kirchliche Verantwortungsträger schriftlich und mündlich befragt. Dabei ging es um Dialog- und Kooperationserfahrungen, Bedingungen und Hindernisse des Dialogs, Öffentlichkeitsarbeit, islamischen Religionsunterricht, Zielgruppenarbeit islamischer Vereinigungen (Jugendliche, Frauen, Senioren) und die Rolle der Imame. Schwerpunkt waren 61 Leitfadeninterviews in acht ausgewählten Kommunen verschiedener Größe in unterschiedlichen Teilen Baden-Württembergs, die von einer muslimischen Projektmitarbeiterin durchgeführt wurden.

Um dem Projekt eine breite Wirkung zu ermöglichen, wurde von Anfang an ein hohes Maß an Vernetzung und Information angezielt. Daneben fanden in der Anfangsphase Konsultationen mit Vertretern verschiedener islamischer Dachverbände auf Landes- oder Bundesebene statt, um die Kontaktaufnahmen mit der lokalen Ebene abzusichern.

Hierbei handelte es sich um die „Alevitische Gemeinde Deutschland“ (AABF), die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (DITIB), die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“, den „Verband islamischer Gemeinden der Bosniaken“ (VIGB), den „Verband der Islamischen Kulturzentren“ (VIKZ) und die „Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg“ (IGBW), welche sich als einziger Dachverband nicht an dem Projekt beteiligen wollte. Auch mehrere alevitische Vereine, ein Ahmadiyya-Verein und ein zum Bildungsnetzwerk des muslimischen Gelehrten *Fethullah Gülen* gehöriger Verein beteiligten sich an dem Projekt.

Es war nicht Aufgabe des Projekts, Dialogaktivitäten in einer auch nur annähernden Vollständigkeit zu erfassen. Vielmehr ging es darum, strukturelle Faktoren herauszuarbeiten, die die Möglichkeiten des Dialogs prägen. Obwohl die untersuchten Fälle alle aus Baden-Württemberg stammen, haben die Ergebnisse daher auch darüber hinaus reichende Relevanz (die Ergebnisse werden umfassend in einem Handbuch dokumentiert, dem eine Begleit-CD „Wege zur Kontaktaufnahme. Strukturen, Adressen, Ansprechpartner“ beiliegt: *Hansjörg Schmid / Ayşe Almia Akca / Klaus Barwig*, Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2008).

## Die islamischen Vereinigungen sind in Deutschland angekommen

Oftmals besteht eine verbreitete Unwissenheit über islamische Vereinigungen und ihre Aktivitäten, die Misstrauen erzeugt und dazu führt, dass sie in gesellschaftlichen Belangen weniger einbezogen werden, als es vorstellbar und wünschenswert wäre. Dadurch dass sich bis auf wenige Ausnahmen alle angefragten islamischen Vereinigungen am Projekt „Gesellschaft gemeinsam gestalten“ beteiligten, zeigten sie ihre Bereitschaft, mit der Mehrheitsgesellschaft in Interaktion zu treten. Viele der Vereine wenden sich mit Einladungen zum „Tag der offenen Moschee“, Vorträgen, Internetseiten oder Broschüren auch an die nichtmuslimische Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist allerdings meist auf allgemeine Informationen über den Islam beschränkt und macht kaum die konkreten lokalen Gegebenheiten bekannt.

Mit dem Generationenwandel orientieren sich islamische Vereinigungen seit einigen Jahren verstärkt auf das Einwanderungsland Deutschland. Islamische und deutsche Identität sehen sie nicht als Widerspruch. Sie machen sich viele Aspekte der *Integrationsdebatte* zu eigen, lehnen jede Art von Assimilation ab und heben vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen

von Diskriminierungen die Gegenseitigkeit im Integrationsprozess hervor.

Unstreitig für Integration ist aus Sicht der islamischen Vereinigungen die Notwendigkeit deutscher Sprachkenntnisse, die sie

auch von ihren zukünftigen Imamen erwarten und zu der eine Reihe von Vereinen mit Sprachkursen und deutschsprachiger religiöser Unterweisung beiträgt.

Die Ausbildung und das Profil der Imame sind noch vielfach von den Herkunftsländern geprägt (vgl. dazu HK 2007, 25ff.). Der häufige Wechsel von Imamen vor allem in den DITIB-Vereinen wird als Dialoghindernis erfahren. Mangelnde Sprachkenntnisse erschweren oft-

mals, dass Imame eine „Brückenbauerfunktion“ in der deutschen Gesellschaft wahrnehmen, die viele von ihnen auch selbst als ihre Aufgabe betrachten. Entscheidend dafür wäre die Ausbildung von Imamen an deutschen Universitäten, wofür sich auch eine breite Mehrheit der befragten Muslime ausspricht.

Auf kommunaler Ebene sind bereits jetzt erste Schritte möglich, indem Imame ihre Orientierungsfähigkeit durch den Besuch von Sprach- und Integrationskursen verbessern. Es wurde von Fällen berichtet, in denen sich Kommunen, islamische Vereinigungen oder weitere Träger die Finanzierung dieser Maßnahmen aufteilen.

Einen Testfall für die Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft stellt die Einführung von *islamischem Religionsunterricht* dar (vgl. dazu HK, Mai 2005, 239ff., und Juni 2007, 298ff.), der in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2006/2007 an zwölf Grundschulen als Modellversuch angeboten wird. Viele Moscheevereine sehen das Pilotprojekt als Konkurrenz und befürchten, dass dort ein „Islam light“ vermittelt wird. Einzelne Moscheevereine, die bereits pionierhaft moderne deutschsprachige Formen von „Koranschulen“ praktizieren, sehen den schulischen Religionsunterricht als komplementär zu ihren eigenen Angeboten an. Sie heben hervor, dass sich die Kinder mit Hilfe eines deutschsprachigen Unterrichts in ihrer Umgebung besser über ihre Religion verständigen können.

## Frauen melden sich zu Wort

Auffällig war jedoch, dass viele Befragte nur wenig über den Schulversuch informiert sind, was zu Misstrauen und Ablehnung beiträgt. Daher wäre es eine wichtige Aufgabe staatlicher Stellen, breiter und intensiver als bisher über den Schulversuch

Hansjörg Schmid (geb. 1972), Dr. theol., ist Studienleiter an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart für den Schwerpunkt christlich-islamischer Dialog. Er hat unter anderem die Bände „Identität durch Differenz? Wechselseitige Abgrenzungen in Christentum und Islam“ (Regensburg 2007) und „Prüfung oder Preis der Freiheit? Leid und Leibbewältigung in Christentum und Islam“ (Regensburg 2008) herausgegeben.

und die anstehenden Schritte hin zur flächendeckenden Einführung von islamischem Religionsunterricht zu informieren. Da islamische Vereinigungen nicht das ganze Spektrum muslimischer Eltern und Schüler abdecken, können sie kein Monopol beanspruchen. Die klare Benennung ihrer Position bezüglich islamischen Religionsunterrichts und die Unterstützung des Vorhabens können jedoch dazu beitragen, dass Gegenschaften aufgebrochen werden und die islamischen Vereinigungen als konstruktive Mitgestalter einbezogen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projekts lag auf der Rolle von *Frauen in Moscheevereinen*. Tendenziell sind muslimische Frauen in Gemeindeleben und Vereinsorganisation unterrepräsentiert. Schon seit den achtziger Jahren wurden in fast allen islamischen Vereinigungen Frauenabteilungen mit eigenem Vorstand eingerichtet, die ihre Arbeit innerhalb des Vereins autonom gestalten. Die Arbeit der Frauenabteilungen besteht meist in der Organisation von Treffpunkten, Ausflügen, Korankursen und Gebetsmöglichkeiten für Frauen aus der Gemeinde.

Zum Teil machen Frauen Besuche bei kranken Gemeindemitgliedern und sammeln Spenden für gute Zwecke. Öffentlich präsentieren sie sich hauptsächlich dadurch, dass sie bei Einladungen und Festen ihrer Vereine die Bewirtung übernehmen. In vielen Moscheevereinen geben sich Frauen jedoch nicht mehr mit ihrer traditionellen Rolle zufrieden und fordern Mitbestimmungsmöglichkeiten ein. Wo dieser Wunsch kein Gehör findet, ist eine Abwanderung interessierter Frauen zu beobachten, die teilweise unabhängige Frauengruppen gründen. Auch der Dialog bietet Frauen die Möglichkeit, eigenständig Verantwortung wahrzunehmen und öffentlich aufzutreten.

## Kirchen im Dialog mit islamischen Vereinigungen

Insgesamt konnte beobachtet werden, dass die lokalen islamischen Vereinigungen ihre Außenbeziehungen weitgehend eigenständig regeln. Vereine der VIKZ und IGMG halten bei Kontaktaufnahmen Rücksprache mit den übergeordneten Organen; eine regelrechte Intervention der übergeordneten Strukturen konnte aber in keinem Fall ausgemacht werden. Bei Vereinen der AABF und der DITIB erweisen sich dagegen Kontaktaufnahmen von außen oft als leichter. Polemische Abgrenzungen zwischen Moscheevereinen, die verschiedenen Dachverbänden angehören, finden sich kaum noch. Das kann auch eine Auswirkung bundesweiter Annäherungsprozesse sein. Auf muslimischer Seite wurde hervorgehoben, dass gerade auch der Dialog positive Auswirkungen auf die innerislamischen Beziehungen hat: „Dank der Christen kommen wir auch mal zusammen“ (Imam, DITIB).

Auch wenn vielerorts *kirchliche Kontakte* zu islamischen Vereinigungen bestehen, ist eine Koordination der verschiedenen

Aktivitäten allenfalls in Ansätzen zu beobachten. Der interreligiöse Dialog ist bislang in der Regel nicht Teil der Dienstbeschreibungen von kirchlichen Mitarbeitern. Ein Großteil der befragten kirchlichen Hauptamtlichen sehen ihre Mitwirkung im Dialog als privates Engagement an, so dass man von einer „Ehrenamtlichkeit der Hauptamtlichen in Sachen Dialog“ sprechen kann (vgl. auch *Hansjörg Schmid*, Anwälte, Vermittler oder Partner? Zur sozialen Rolle kirchlicher Akteure im christlich-islamischen Dialog, in: *Peter Hünsele* [Hg.], Im Dienst der Versöhnung. Für einen authentischen Dialog zwischen Christen und Muslimen [Festschrift für *Christian W. Troll*], Regensburg 2008, 115–145, 133).

Vor allem in evangelischen, aber auch in einigen katholischen Dekanaten oder Gemeinden gibt es spezielle Mandate für christlich-islamischen Dialog, die jedoch in der Regel informellen Charakter haben. Damit artikuliert sich von unten das Bedürfnisse nach geregelten Kommunikationswegen für den Dialog, den das Bistum Essen, die Evangelische Kirche von Westfalen und die Evangelische Kirche im Rheinland mit entsprechenden regionalen Beauftragungen schon seit Jahren institutionalisiert haben.

Nicht anders als auf islamischer Seite ist jedoch auf kirchlicher Seite vielfach ungeklärt, wer Ansprechpersonen sind und über welche Kompetenzen sie verfügen. Somit ist der christlich-islamische Dialog in den örtlichen Kirchengemeinden erst in Ansätzen strukturell verankert. Dies trägt mit dazu bei, dass die Wirkung des interreligiösen Dialogs auf die unmittelbar daran Beteiligten begrenzt ist.

Bei einer Reihe auch langjähriger Dialogkontakte zeigt sich eine fortdauernde Interessendifferenz. Kirchliche Gesprächspartner wünschen sich meist einen Dialog über theologische Fragen. Muslime bevorzugen dagegen in der Regel einen handlungsorientierten Dialog und kritisieren einen rein verbalen Austausch: „Bis jetzt haben sie wirklich genug gesprochen. Und nichts getan“ (Leiterin einer muslimischen Frauengruppe).

In erster Linie sind soziale Diskrepanzen zwischen einer etablierten Mittelschicht einerseits und einer eingewanderten Gruppe mit stärkeren sozialen Bedürfnissen andererseits dafür ausschlaggebend. Muslime wollen anerkannt werden und durch den Dialog Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen bekommen. Christen hingegen wollen die neue, ihnen vielfach fremde Religion kennenlernen, so dass sie sich oft in die Rolle der Fragenden begeben, wodurch Muslime wiederum in die Rolle der Antwortenden gedrängt werden. Sicherlich spielt darüber hinaus die ungleiche Qualifikation der Dialogakteure eine Rolle. So stehen auf lokaler Ebene oft kirchliche Hauptamtliche mit theologischer Ausbildung muslimischen Ehrenamtlichen gegenüber.

Unterschiedlich stark treten die Kirchen vom christlich-islamischen Dialog ausgehend öffentlich in Erscheinung. Teilweise halten sie sich ganz aus dem kommunalen Rahmen des Kontakts mit islamischen Vereinigungen heraus, so dass sich

die interreligiösen und kommunalen Dialoge weitgehend getrennt voneinander abspielen. Nur in einigen Kommunen agieren die Kirchen vernetzt mit den kommunalen Dialogformen.

Absprachen und Synergien zwischen kirchlichen und *kommunalen Aktivitäten* führen hier zu einer Stabilisierung des Dialogs. In manchen Fällen nehmen die Kirchen eine Pionierrolle ein, fungieren als Kontaktvermittler und nehmen eine Brückenfunktion in der Kommunikation zwischen kommunalen Einrichtungen und islamischen Vereinigungen ein. Dort nutzen Kommunen bestehende Kontakte der Kirchen zu islamischen Vereinigungen und stützen sich teilweise auf deren Einschätzungen.

### Kirchenvertreter können den Dialog ankurbeln

Gerade in Kommunen, in denen es keine direkten Kontakte zwischen der Verwaltung und islamischen Vereinigungen gibt oder Unklarheiten über bestimmte islamische Vereinigungen vorhanden sind, können kirchliche Vertreter den Dialog ankurbeln. Wenn die Kirchen darüber hinaus Erfahrungen aus dem Bereich von Caritas und Diakonie stärker als bisher mit ihren Dialogaktivitäten verbinden, können sie eine Schlüsselrolle auch für den kommunalen Dialog spielen.

Da der Dialog mit Muslimen und islamischen Vereinigungen in Kommunen an Bedeutung gewinnt, geht es für die Kirchen letztlich um die Frage, ob sie ihre spezifischen Kompetenzen und Erfahrungen einbringen oder dieses Feld anderen Akteuren überlassen wollen. So könnte es sich im Blick auf die öffentliche Rolle der Kirchen lohnen, den auch gesamtgesell-

schaftlich für äußerst wichtig erachteten christlich-islamischen Dialog mehr als bisher als zentrales Feld kirchlichen Handelns anzusehen.

Kommunalverwaltungen haben in den letzten Jahren verstärkt Integrationskonzepte ausgearbeitet, die die interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltung und die Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe beinhalten. Die verbreitete Aufgeschlossenheit islamischer Vereinigungen für Kontakte und Dialog kann genutzt werden, um sie in Kommunen auf möglichst vielen Ebenen einzubinden und dadurch verbindliche wie dauerhafte Kommunikationsstrukturen aufzubauen: Ausländerbeiräte, Internationale Ausschüsse, Stadtjugendring, Integrationsausschüsse, stadtteilbezogene Handlungsfelder, Nachbarschaftshilfe, Gemeinderäte, Parteien, Gewerkschaften, vorhandene Netzwerke zur Integration usw.

Kommunen nehmen jedoch unterschiedliche Positionen zum organisierten Islam ein: Ein kleiner Teil der Kommunen betrachtet islamische Vereine als eher segregativ und richtet ihren Blick daher auf die Integration von Individuen. Davon unterscheidet sich die Position von Kommunen, die islamische Vereine grundsätzlich als Ansprechpartner, Multiplikatoren und Kooperationspartner ansehen. Ein weiterer Teil der Kommunen befindet sich noch in einem Klärungsprozess bezüglich ihrer Einschätzung der Rolle islamischer Vereinigungen.

Zu Dialogen kommt es dadurch, dass islamische Vereinigungen sich von innen heraus öffnen oder von außen aktiviert werden. In beiden Fällen ist eine Wechselseitigkeit im Dialog wichtig: Die Öffnung islamischer Vereinigungen braucht Re-

sonanz von kommunalen oder kirchlichen Einrichtungen, um nicht ins Leere zu laufen. Da islamische Vereinigungen häufig noch wenig integriert und etabliert sind und über verhältnismäßig geringe personelle und institutionelle Ressourcen verfügen, müssen oft andere Einrichtungen den ersten Schritt auf einen Dialog hin tun, anstatt von den islamischen Vereinigungen Vorleistungen zu fordern.

Nur in wenigen Fällen, wie etwa in Friedrichshafen, ging die Initiative zum Dialog von islamischen Vereinigungen aus. Die Beteiligung islamischer Vereinigungen am Dialog lässt sich nicht erzwingen. Erfolgt von bestimmten Vereinigungen auf Einladungen keine Reaktion oder wird eine Mitarbeit abgelehnt, kann die Suche nach den Gründen für diese Entscheidung einen eigenen Dialogprozess einleiten. Da gerade im Fall kleiner Moscheevereine teilweise die zeitlichen Ressourcen nicht ausreichen, muss akzeptiert werden, dass es ebenso wie in anderen Feldern auch Vereine gibt, die nur interne Aktivitäten entfalten.

### Bei Moscheebauten treten islamische Vereinigungen verstärkt in die Öffentlichkeit

Regelangebote von sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen erreichen muslimische Zielgruppen oft nicht. Sie sind häufig davon geprägt, dass sie für Muslime gedacht sind, aber nicht mit Muslimen ausgehandelt wurden. Auch die Moscheevereine sehen es als ihre Aufgabe an, Ansprechpartner in migrationspezifischen Fragen zu sein. Es gelingt ihnen damit jedoch nur wenig, an vorhandene Strukturen anzuknüpfen, was einer der muslimischen Befragten prägnant zum Ausdruck brachte: „Wir integrieren unsere Leute selbst!“ (Vorsitzender DITIB). Auf diese Weise können Parallelstrukturen ohne wechselseitige Abstimmung entstehen.

Eine wichtige Rolle für kommunale Diskussionen spielen *Moscheebauvorhaben*. Viele Kommunen verorten Moscheebauten möglichst unauffällig in Gewerbegebieten, um Konflikte zu vermeiden. Manche Kommunen wie Mannheim oder Schwäbisch Gmünd haben den Moscheebau genutzt, um nachhaltige Dialogstrukturen aufzubauen. Dies verstärkt die Tendenz der islamischen Vereine, sich mit den Neubauten auch endgültig in der deutschen Gesellschaft zu beheimaten. Moscheebauten tragen dazu bei, dass islamische Vereinigungen verstärkt in die Öffentlichkeit treten.

Das hat oft noch einen anderen Nebeneffekt: Kommunen sehen Vereine mit äußerlich erkennbaren Moscheen oft als ihre Hauptansprechpartner, wobei es sich in vielen Fällen um politisch als unverdächtig geltende DITIB-Moscheen handelt. Es besteht dadurch die Gefahr, dass es zu Privilegierungen kommt, die das Gefälle unter den islamischen Vereinigungen verstärken. Eine positive Folge kann aber auch sein, dass andere Vereine große Anstrengungen unternehmen, um auch den Status der „Vorzeigemoschee“ zu erreichen und dafür kommunale Unterstützung zu gewinnen. Dies ist in Mannheim der Fall, wo

vielfältige kommunale Kontakte weit über die äußerlich erkennbare „Yavuz-Sultan-Selim-Moschee“ (DITIB) hinaus bestehen, die auch Kooperationsprojekte umfassen.

Ein erhöhter Klärungsbedarf besteht für die Kommunen bei *IGMG-Vereinen*, da diese unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Die Verfassungsschutzberichte, die bei der IGMG vor allem aufgrund einer Literaturobwohl islamistische und integrationsfeindliche Tendenzen feststellen, tragen allerdings nicht zu einer ausreichenden Klärung bei, da die kommunalen Mitarbeiter an konkreten Informationen über die örtlichen Vereine interessiert sind.

Teilweise gehören IGMG-Vereine zu den Vorreitern, was Öffentlichkeitsarbeit, Dialogaktivitäten und deutschsprachige Angebote betrifft. In Mannheim konnte die „Fatih-Moschee“ dadurch Misstrauen abbauen, dass sie in einen Dialog mit dem Verfassungsschutz eintrat und sich in zahlreiche kommunale Projekte einbinden ließ. Inwiefern die Dialogbereitschaft tatsächliche Überzeugung ist oder nur auf politischem Kalkül beruht, lässt sich nicht definitiv beantworten. Gesprächspartner der „Fatih-Moschee“ machen allerdings darauf aufmerksam, dass die IGMG-Leitung nicht auf zweierlei Weisen handeln könne, da sie durch ihre öffentlichen Auftritte und ihr Engagement öffentlich gebunden sei.

Im Falle mehrerer IGMG-Vereine wurde erkennbar, dass sich diese in einem Transformationsprozess befinden und offen ist, ob reformorientierte oder traditionelle Kräfte die Oberhand gewinnen. Eine kommunale Einbindung kann innere Öffnungen und Veränderungen verstärken. Ein prinzipieller Ausschluss aufgrund der Beobachtung durch den Verfassungsschutz würde diese Möglichkeit ungenutzt lassen. Insgesamt wird deutlich, dass es im Fall der IGMG ebenso wie bei den anderen Dachverbänden wichtig ist, zwischen unterschiedlichen lokalen Ausprägungen zu differenzieren (so auch Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland [Hg.], Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland, Hannover 2006, 97).

### Wie können Dialoghindernisse überwunden werden?

Viele Befragte sehen in unklaren Strukturen und nicht veröffentlichten Kontaktdaten das entscheidende Hindernis für die Kontaktaufnahme mit islamischen Vereinigungen. Für diese erweisen sich aber die kommunalen und kirchlichen Strukturen oft als ebenso intransparent. So sind zum Beispiel kirchliche Islambeauftragte auf lokaler wie auf Diözesanebene vielfach nur intern benannt und im Internet nicht aufzufinden. Ziel sollte daher sein, dass Kommunen, Kirchen und islamische Vereinigungen ihre Ansprechpartner und Einrichtungen so präsentieren, dass diese Informationen bei potenziellen Adressaten ankommen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, dass sich islamische Vereinigungen, kommunale und kirchliche

Stellen regelmäßig über ihre Aktivitäten und auch im Falle des Wechsels von Ansprechpartnern informieren.

Bislang ist es meist dem Engagement von Einzelpersonen zu verdanken, dass es zum Dialog kommt. Um der Kontinuität, Verlässlichkeit und Breite willen ist jedoch eine stärker strukturelle Verankerung in den islamischen Vereinigungen, Kommunen und Kirchen wünschenswert. Dies kann durch Beauftragungen, interne Informationen und Schwerpunktverlagerungen geschehen. Ferner sollten die entsprechenden Personen besser als bisher auf den Dialog vorbereitet werden. Dazu gehören die Stärkung von Dialogkompetenzen und eine intensive Beschäftigung mit der jeweils anderen Religion im Studium oder in speziellen Qualifizierungsmaßnahmen.

Vielfach ist eine Ermüdung aufgrund einer Ergebnislosigkeit des Dialogs zu beobachten. Damit Dialog gelingen kann, müssen sich die Beteiligten darüber im Klaren werden, was er bezwecken soll. Idealerweise findet das Nachdenken darüber zu Beginn des Dialogs statt. Aufgrund der Dynamik von Dialogprozessen müssen Ziele und nächste Schritte jedoch stets neu ausgelotet werden. So ist es einerseits wichtig, dass Dialoge ver-

mehrt konkrete, vor Ort erkennbare Ergebnisse hervorbringen: handlungsorientierte Projekte, eine verstärkte interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und eine wachsende Integration muslimischer Gruppen in die Gesellschaft. Vielfältige Anregungen dazu gibt zum Beispiel eine Arbeitshilfe aus Berlin (Muslimische Akademie in Deutschland/Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen im Stadtteil, Berlin 2007, in: [www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/handlungsfelder.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/handlungsfelder.pdf)).

Damit ist nicht ausgesagt, dass die Ebene theologischer Begründungen des Dialogs außer Acht gelassen werden sollte: So müssen die Muslime auch dem Frageinteresse der Mehrheitsgesellschaft Rechnung tragen, ob der Dialog für sie nur eine soziale Funktion hat oder auch eine theologische Notwendigkeit darstellt. Antworten hierauf wird man jedoch weniger von Ehrenamtlichen auf lokaler Ebene als von den Professoren für islamische Theologie, den Spitzen der Dachverbände und den zukünftigen in Deutschland ausgebildeten Imamen erwarten können.

*Hansjörg Schmid*